



Stellungnahme vom 05. Februar 2019 zur Gesetzesinitiative
«Stopp dem Tierleid – gegen Zäune als Todesfallen für Wildtiere»

Fragwürdige Einmischung in land- und forstwirtschaftliche Zuständigkeiten

Der St.Galler Bauernverband nimmt von der angekündigten Gesetzesinitiative der St.Galler Jäger und von Pro Natura und WWF Kenntnis. Die Forderung nach einem grundsätzlichen Verbot von Stacheldraht und die praxisuntaugliche Einschränkung im Management von mobilen Weidenetzen und elektrischen Zäunen sind ein unnötiger Eingriff in die tägliche Arbeit der Landwirte, Älpler und Forstorgane.

Die Jägerschaft ist für die Hege und Pflege des Wildes verantwortlich. Dies wird immer wieder lautstark betont und damit werden die Leistungen der Jägerschaft ins gute Licht gerückt. Die St.Galler Jäger wollen es jedoch nicht dabei belassen. Neu möchten sie mitbestimmen, wie die Wiesen und Weiden zu nutzen sind und mit welchen zusätzlichen Regulierungen und Auflagen die Land- und Alpwirtschaft belastet wird.

Unnötiges Stacheldrahtverbot

Mit der Initiative fordern die Jäger ein Verbot des Stacheldrahtes im ganzen Kantonsgebiet. Das geforderte Stacheldrahtverbot ist aus landwirtschaftlicher Sicht nicht nötig, denn in der Praxis werden keine neuen Stacheldrahtzäune mehr aufgestellt. Die alten Zäune werden zudem nach und nach zurückgebaut. Selbst in den Jägerkreisen an der Basis ist man sich uneinig, ob Stacheldraht für das Wild überhaupt ein Problem darstellt.

Schikane für die Landwirtschaft

Eine neue gesetzliche Regelung für den Umgang mit mobilen Weidenetzen und elektrischen Zäunen ist ein Eingriff in die tägliche Arbeit unserer Bäuerinnen und Bauern. Die von den Jägern geforderte, sehr restriktive Gesetzesregelung ist nicht durchführbar, nicht kontrollierbar und eine reine Schikane gegenüber den Tierhaltern im ländlichen Raum. Zudem steht die Forderung auch total im Widerspruch zu den Auflagen, welche die Landwirte im Kampf gegen Wildschweine, Wölfe und das Rotwild haben. Damit sie die Kulturen vor Verwüstungen und Ihre eigenen Nutztiere vor Angriffen und ansteckenden Krankheiten schützen können, müssen sie genau die gleichen Weidenetze und elektrischen Zäune aufbauen und über lange Zeit unterhalten, welche nun vom neuen Gesetz betroffen wären.

Dringendere Aufgaben

Die St.Galler Jäger schiessen mit der Initiative weit am Ziel vorbei. Mit der Forderung nach neuen Gesetzen und der Einmischung in den Arbeitsalltag der Land- und Alpwirtschaft begeben sie sich definitiv auf eine falsche Fährte. Ob die Initiative in erster Linie darauf abzielt, von den wirklichen Jagdproblemen abzulenken, bleibe dahin gestellt. Die zu hohen Hirschbestände und die stark zunehmende Wildschweinpopulation hätten den Einsatz der Jägerschaft dringend nötig. Der Bauernverband würde es begrüßen, wenn prioritär die Wildbestände reguliert und die anstehenden Probleme in einem konstruktiven Dialog gelöst würden, anstatt eine Verbotsinitiative zu starten.

Rückfragen:

Peter Nüesch, Präsident,

Mobile 079 696 00 20

Andreas Widmer, Geschäftsführer,

Mobile 079 358 62 64